

Schwarze Null: Investitionsbremse für Deutschland

Wer ein Eigenheim baut, nimmt einen Kredit auf. Wer eine gute Geschäftsidee hat, leiht sich Geld, um zu investieren. Der Kredit macht Firmengründungen sowie spätere Gewinne und Wachstum erst möglich. Niemand käme auf die verrückte Idee, Privatmenschen oder Unternehmen den Kreditvertrag mit der Bank zu verbieten und so zukunftsfähige Investitionen zu verhindern. Nur die herrschende Politik legt sich in Deutschland selbst immer engere Fesseln an: Zuerst wurde in der EU die Schuldenregel der Maastrichter Verträge durchgesetzt. Dann kam die deutsche Schuldenbremse ins Grundgesetz. Wenig später folgte der europäische Fiskalpakt. Doch damit nicht genug: Das neue, zum Ideal erhobene, haushaltspolitische Ziel der deutschen Bundesregierung heißt „Schwarze Null“. Es soll nicht mehr nur die Neuverschuldung in Grenzen gehalten, sondern ein Haushaltsüberschuss generiert werden.

Die Auswirkungen sind fatal! Zum einen führt diese Selbstbeschränkung zur Verhinderung einer aktiven Fiskalpolitik, die antizyklisch für die Glättung konjunktureller Schwankungen sorgen kann (in schlechten wirtschaftlichen Zeiten steuert die Politik kreditfinanziert gegen). Stattdessen hat jetzt der Schuldenabbau über alle Konjunkturzyklen hinweg Priorität.

Zum anderen ist das Schuldenverbot eine Investitionsbremse. Es gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Es führt zusammen mit der ideologischen Ablehnung von Steuererhöhungen für Vermögende und Superreiche dazu, dass der Staat und vor allem die klammen Kommunen ihre Ausgaben kürzen: Es werden also öffentliche Dienstleistungen dem Rotstift geopfert oder privatisiert, Gebühren angehoben und ungerechte Nutzerentgelte wie die Lkw- und Pkw-Maut eingeführt. Der Marsch vom Steuer- in den Gebührenstaat ist längst Realität. Investitionen in die Infrastruktur wurden über Jahre vernachlässigt: Der Anteil öffentlicher Bruttoanla-

geinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stagniert in Deutschland seit Langem bei rund zwei Prozent und ist damit nur rund halb so hoch wie in den USA, Japan oder Frankreich. Regelmäßig sind die jährlichen staatlichen Investitionen hierzulande sogar geringer als die Abschreibungen, also der Wertverlust der öffentlichen Infrastruktur: Die Nettoinvestitionen sind negativ, der deutsche Staat zehrt von seiner Substanz (siehe Grafik). Er trägt dazu bei, dass Deutschland inzwischen einen jährlichen Investitionsbedarf von 90 Milliarden Euro hat. In Zeiten von Niedrigzinsen investiert jeder kluge Privathaushalt: Immobilien werden energetisch saniert, langlebige Güter werden angeschafft. Nur der Staat unternimmt nichts. Dabei zahlt der Bund selbst für längerfristige Kredite gar keine Zinsen. Es besteht die historische Chance, die marode öffentliche Infrastruktur zum Nulltarif zu modernisieren und die Grundlage für Wachstum und ein intaktes Gemeinwesen zu schaffen. Das wäre vernünftig und gerecht – gerade gegenüber zukünftigen Generationen.

Selbst die Schuldenbremse erlaubt es der Bundesregierung im Jahr 2015 noch 22 Milliarden Euro Schulden aufzunehmen. Doch Finanzminister Schäuble will stattdessen die Verschuldung schneller zurückfahren, als es die Schuldenregeln vorschreiben. Derzeit hindert Schäuble nur eins an einer zukunftsorientierten Politik für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit: Das selbst geschaffene Dogma der „Schwarzen Null“.

